



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 23  
Fernschreiber 0286890

P/XIII/158 - 12. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Vor einer neuen Situation Was will Chruschtschow erreichen?	55
2 - 2a	Späte Erkenntnisse Prof. Erhard und die entwicklungsfähigen Länder	60
3	Schröder und der "Notstand" Bundesinnenminister konnte Zweifel nicht beseitigen	38
4 - 5	Die Berliner blufft keiner Streiflichter vom Berliner Wahlkampf	93
6 - 7	Flurgzeugankäufe - ein Riesengeschäft Die Rolle des Flick-Konzerns	70

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Zur Beachtung: In einer Sonderausgabe veröffentlichen wir unter dem Titel "Bonner Affären und Skandale" eine Übersicht über eine große Anzahl Korruptionsfälle und Skandalaffären. Das umfangreiche Material wird unseren Abonnenten gesondert zugestellt.

### Vor einer neuen Situation

sp - Mit etwas Abstand von den ersten gewichtigen Stellungnahmen zur Chruschtschow-Rede in Moskau zeichnen sich jetzt die Perspektiven möglicher Entwicklungen ab, die eintreten könnten, wenn der Ministerpräsident der Sowjetunion die in Aussicht gestellten Massnahmen in die Tat umsetzt. Sollte die Sowjetunion ihre Truppen aus Ostberlin zurückziehen, dann wohl in der Absicht, die Westmächte vor den Zwang zu stellen, bei irgendwelchen Regelungen des gesamtberliner Schicksals mit Pankow zu sprechen. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, dass Chruschtschow dieses Ziel ansteuert, wobei die Frage, ob er juristisch "richtig" im Sinne internationaler Abkommen handelt, für ihn völlig uninteressant sein dürfte.

Man sollte nicht den Fehler begehen, Chruschtschows Ankündigung als isolierten politischen Akt - lediglich zugeschnitten auf Berlin - zu betrachten. Berlin ist für Chruschtschow nur ein "Aufhänger". Er will - auf seine Weise - das Deutschlandgespräch wieder in Gang bringen. Deswegen hat er in seiner Moskauer Rede sicher auch noch einmal die Grundgedanken des Potsdamer Abkommens (Entmilitarisierung Deutschlands usw.) angesprochen. Das geht auch aus einem jetzt veröffentlichten Interview des bekannten amerikanischen Journalisten Walter Lippmann mit Chruschtschow hervor. Hier spricht der sowjetische Ministerpräsident von der "Gefahr", die durch die Wiederbewaffnung Deutschlands heraufbeschworen wird.

Wenn man die Lage richtig beurteilen will, und wenn man - was die Aufgabe einer zielbewussten Politik wäre - die durch die Chruschtschow-Rede aufgeworfenen Probleme einer Lösung jenseits rein militärischer Überlegungen näherbringen will, wird man sich an eine Reihe Vorgänge in der Vergangenheit erinnern müssen. Es gibt die sowjetischen Warnungen während der internationalen Diskussion über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Es gibt die sehr harten Vorstösse Moskaus bei den Westmächten gegen die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO, und es existieren schliesslich die nicht wegzuleugnenden Alarmrufe der sowjetischen Regierung gegen die Einrichtung ausländischer Raketenab-schuss-Basen in der Bundesrepublik und gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr selbst. Das alles sind Fakten, von denen Chruschtschow aus-zugehen scheint, wenn er eine neue Phase der Ost-West-Auseinandersetzung einleiten will.

Es ist begrüßenswert, dass die westlichen Alliierten der Bundesrepublik so klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht haben, Berlin nicht im Stich zu lassen. Man muss aber darüber hinaus auch überlegen, welche weiteren politischen Schritte jetzt notwendig wären, um der möglicherweise bald entstehenden Situation begegnen zu können. Die Ansätze hierzu sind noch nicht übersichtlich. Es scheint uns notwendig zu sein, die Vergangenheit nüchtern zu überdenken, um die Zukunft gestalten zu können. Wir wissen schon: die eine Gruppe wird sagen, man müsse jetzt erst recht und so schnell wie möglich atomar aufrüsten. Die andere Gruppe wird bemüht bleiben, die politischen Ansatzpunkte zu finden, um von der bisherigen Politik des gegenseitigen militärischen Ausspiels herunterzukommen. Im ersteren Falle wird man weder Berlin helfen noch einen Beitrag zur allgemeinen Entspannung leisten können, die notwendig wäre, um nicht im Rüstungswettlauf zu versacken. Im zweiten Falle könnte vom freien Teil Deutschlands ein neuer Impuls ausgehen, der die erhärteten Fronten lockert.

Wir glauben sicher zu sein, dass man Berlin und der Freiheit nur dienen kann, wenn man endlich wieder eine kühl abwägende Politik zur Geltung kommen lässt.

### Späte Erkenntnisse

ler - Es ist eine Binsenwahrheit: In Asien wird über menschliche Zukunft entschieden. Die soziale und politische Revolution, die auf diesem Kontinent im Gange ist, wird gekennzeichnet durch das Bestreben der Regierungen und Völker, jahrhunderte alte technische und industrielle Rückständigkeit zu überwinden, um den Anschluß, den baldigen Anschluß an die modernen Industrie-Nationen zu finden. Die Bedeutung und Tragweite dieser Revolution, die das Antlitz der Welt ändert, wird leider noch nicht von allen Staatsmännern und Politikern erkannt. Viele sind immer noch in den Vorstellungen des voratomaren Zeitalters befangen, ihnen fehlt das Verständnis für eine rasch sich verändernde Welt.

Mit reichen Erkenntnissen ist Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard von seiner mehrwöchigen Asienreise zurückgekehrt. Die Reise hat ihn in direkten Kontakt mit den Regierungen und führenden Staatsmännern vieler asiatischer Länder gebracht, aber auch mit einer grenzenlosen Armut, wie sie selbst in den ärmsten Ländern Europas nicht zu finden ist. Er kam zurück in die Bundesrepublik mit dem Willen, diesen Ländern, in denen ein Drittel der Menschheit wohnt, sofort zu helfen, soll die westliche Welt nicht gänzlich ihren Einfluß in diesem Teil der Erde verlieren. Kommunismus und Demokratie liegen hier im Wettbewerb, und es ist für die Zukunft der Menschheit nicht gleichgültig, welche von den beiden Regierungsformen die Oberhand erhält.

Erhards Erkenntnisse sind nicht neu. Vor ihm hatte der damalige Vizekanzler Blücher asiatische Länder bereist und auch der Oppositionsführer Erich Ollenhauer. Beide kamen zurück mit der dringenden Aufforderung an die Bundesregierung, sich in die Hilfe für die entwicklungs-fähigen Länder aktiv einzuschalten, weil in Asien die Uhren auf "Fünf-Minuten-vor-Zwölf" stehen. Ein Zuspät könnte leicht ein Niemals sein, sagten damals beide Männer. Auch die der sozialistischen Internationale angeschlossenen Parteien haben seit Jahr und Tag auf die Regierungen ihrer Länder eingewirkt, sie sollten alle Maßnahmen zur Unterstützung der entwicklungs-fähigen Gebiete uneigennützig fördern.

Die Bundesrepublik kann hier viel Gutes tun, Deutschlands Name besitzt einen guten Klang und unser Volk ist nicht belastet mit einer fluchwürdigen kolonialen Tradition. Diese Hilfe, über deren Formen man verschiedener Meinung sein kann, muß frei von jeder Absicht einer politischen Bevorrundung sein, aber auch frei von jedem Gewinnstreben. Die asiatischen Völker haben nicht die Kolonialherrschaft abgeschüttelt, um dafür andere Fesseln einzutauschen. Als geeigneteste Institution für eine von allen politischen Nebenabsichten freie Hilfe bieten sich die Vereinten Nationen an. Mit der Bildung eines hundert Millionen Dollar-Fonds für die entwicklungsfähigen Länder ist ein erster schüchterner Anfang gemacht worden und nichts sollte die Bundesregierung daran hindern, mit einem ihrer Gold- und Devisenfülle entsprechenden Betrag diesen Fonds aufzustocken.

Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard hat nun reichlich Gelegenheit, seine asiatischen Erfahrungen in die Tat umzusetzen. Er wird dabei die volle Unterstützung der Opposition finden. Hoffentlich ist seinen Absichten und seinen in Asien gemachten Versprechungen nicht das gleiche Schicksal wie dem Blücher-Gutachten beschieden, das in irgendwelchen Schubladen ruht und in dem Vorschläge für praktische Hilfe an entwicklungsfähige Gebiete enthalten sind. Der Bundeswirtschaftsminister Erhard ließ seinerzeit unberücksichtigt, was sein damaliger Vizekanzler als notwendig - und in deutschen Interesse notwendig - erachtet hatte.

Ohne seine Rückkehr abzuwarten, hat das Bundeskabinett in einer interministeriellen Abstimmung beschlossen, im kommenden Haushalt keine Mittel für die Entwicklungsländer einzusetzen. In der Aufhebung dieses Beschlusses kann Erhard beweisen, wie stark er ist, denn dieser Beschluß widerspricht allem, was der Bundeswirtschaftsminister von seiner Asienreise als Verpflichtung mitbrachte.

### Schröder und der "Notstand"

U.D. Vielleicht hatte Bundesinnenminister Schröder gar nicht geglaubt, welches das Echo seiner forschen Worte sein würde, die er vor knapp zwei Wochen vor dem Kongreß der Polizeigewerkschaft in Stuttgart sprach. Es mag für einen Minister erträglich sein, von der Opposition kritisiert zu werden; auch fast sämtliche unabhängigen Zeitungen gegen sich zu haben, ist in Bonn keine Seltenheit, wenn man zum Beispiel an die Härte Schöpfers denkt. Aber offenbar hat erst die Kritik des CDU/CSU-Praktionsvorstandes den Bundesinnenminister auf den Gedanken gebracht, der am Anfang seiner Rede hätte stehen müssen und den er am Dienstag in seiner Pressekonferenz anschnitt: Für Grundgesetz-Änderungen braucht man im Bundestag die Zustimmung der Opposition, und deren Vertrauen erwirbt sich niemand, der zur Begründung besonderer Sicherheitsvoillmachten ausgerechnet auf die Tätigkeit der Anti-Atomwaffen-Bewegung verweist.

Dieser Innenminister, der keine Gelegenheit ausläßt, englische Beispiele zu rühmen (auch gestern nicht), hätte hier nach britischem Vorbild das vertrauliche Gespräch mit der Opposition suchen sollen. Dann vermutlich wären seine gestrigen Erklärungen überflüssig gewesen.

Aufgescheucht von einer massiven Protestwelle hat er nun versucht, abzuschwächen, was in Stuttgart gesagt wurde, ohne indessen vom Wortlaut seiner Rede abzurücken. Über seine konkreten Pläne äußerte er nichts, weil sie vom Kabinett noch nicht gebilligt seien. Er ist deswegen nicht zu tadeln, der Gang der Gesetzgebung sieht das nun so einmal vor. Aber ein ungutes Gefühl bleibt zurück.

Eine politische Polizei habe er nicht gefordert, sagte er, in seiner Rede stehe das nicht drin...

Aber was ist von einem Minister zu halten, der den Ausdruck "Staats-sicherheit" besser findet als "Verfassungsschutz", der die Befugnisse dieser Ämter "eher zu begrenzt als zu weit" hält und der bezweifelt, ob in der Trennung des Verfassungsschutzes von der polizeilichen Exekutive der erstrebte Erfolg erzielt wurde, das Sicherheitsgefühl der Bürger zu erhöhen? Ein verantwortliches Kabinettsmitglied, welches elementare politische Grundsätze im eigenen Geschäftsbereich kritisiert, wird doch offenbar auf Änderung der Verhältnisse sinnen. Oder was soll das Wäkeln am status quo?

Für einen Minister, der das ihm in die Hände gegebene Instrument für letztlich unbrauchbar hält und trotzdem nicht auf Abhilfe sinnt, gibt es nur eins: das Instrument in andere Hände zu legen.

### Die Berliner blufft keiner

K.O. - Es ist auch in Berlin soweit: Dort, wo Sozialdemokraten regieren, ist das Vaterland in Gefahr, die Freiheit, der Wohlstand - schlechthin alles, was dem guten Deutschen lieb und teuer ist. Auch hier wird diese böse Melodie gespielt, denn am 7. Dezember wählt das Freie Berlin sein Abgeordnetenhaus. Die CDU will die absolute Mehrheit gewinnen; dazu ist jedes Mittel recht.

Der westberliner Wahlkampf hat mit denselben Dissonanzen begonnen, die man von Hessen und Bayern her kennt. In schlecht besuchten Versammlungen versucht man, dem Wähler weißzumachen, daß die Sozialdemokraten von der Führung abzutreten hätten, "dass man ihr das Schicksal der Stadt und auch die Sicherheit nicht länger anvertrauen könne". Von der mangelnden "Bundestreue" ist die Rede. Wenn der Bundeskanzler am 5. Dezember im Sportpalast spricht, wird man sicher wieder vom "Untergang Deutschlands" durch die SPD hören.

+ + +

Wer durch die Straßen Westberlins geht, den schon von den Anschlagstafeln und Litfaßsäulen zwei Männer an: Willy Brandt und Konrad Adenauer. Den Ersteren kennen die Berliner, weil er täglich mitten unter ihnen ist, für sie arbeitet und sorgt, den Letzteren kennen sie persönlich nur von seltenen Besuchen und unverbindlichen Sonntagsreden. Nicht einmal zum Begräbnis Ernst Reuters war er in Berlin. Was hat er eigentlich getan für die Stadt? Aber: "Er hilft Berlin weiter", steht unter dem Kanzlerkopf. Die Sozialdemokratische Bastion, an der bisher der Ansturm der Kommunisten gescheitert ist, soll nun von der anderen Seite her gestürmt werden.

Aber die Bonner Politik hat nicht die Sympathien der Berliner. Man begegnet dieser Stimmung auf Schritt und Tritt, von Mariendorf bis Tegeler. Alle werden sie es schwer haben, die sich zur Katz gegen die SPD entschlossen. Ernst Reuter, Luise Schröder und Otto Suhr bleiben unvergessen. Man weiß, wer Berlin über die schweren Jahre hinweg gerettet hat. Heute lieben und verehren die Berliner Willy Brandt.

Die Gegner der SPD wissen, daß Angriffe auf den Regierenden Bürgermeister schlecht ziehen. Sie haben sich darum etwas Besonderes ausgedacht. "Brandt Ja - SPD Nein", raunen sie hinter vorgehaltener Hand. Morgen werden sie es sicher schon ganz laut sagen. Die CDU denkt sich Berlin unter der Führung Lemmers. Für den Fall, daß es eben doch keine absolute Mehrheit gibt, werden sie vielleicht den Brandt "mit hineinnehmen". Der Regierende Bürgermeister aber hat es am Montag klar gesagt: eine Lösung Lemmer und Brandt gibt es der Natur der Sache nach nicht. Es wird der CDU sauer werden, dem Wähler vorzumachen, Brandt könne ja als "guter Mann" in einem Lemmer-Senat sitzen, keiner brauche auf ihn zu verzichten, wenn er die CDU wähle.

Für den Mann auf der Straße ist die SPD die Partei, die ihn seit 1945 tagtäglich die Freiheit gesichert hat. Nirgendwo verfaßt die Infamie weniger, der SPD ermangele es an Liebe zum deutschen Volk, und alle ihre Wege führten schließlich nach Moskau, als in der alten Hauptstadt. Bundestreue? Die Berliner schütteln den Kopf über den Krampfversuch, ihre Stadt gleichzuschalten und zum Vorort Bonn zu machen.

+ + +

Die CDU verspricht das Blaue vom Himmel herunter: Niedrigere Steuern, höhere Renten, günstigere Mieten. Als ob die vom Berliner Senat gemacht würden und nicht von Bonn. Und natürlich fehlen die Drohungen nicht. Die Demagogen versuchen, die Wählerschaft zu suggerieren, die nötigen Bundeszuschüsse hingen davon ab, welche Partei in Berlin regiere. Zuckerbrot und Peitsche von beiden Seiten. "Adenauer verspricht uns mehr Geld für Berlin, wenn wir CDU wählen - Ulbricht will uns in der Zone spazieren fahren lassen, wenn wir für die SED stimmen", sagte ein Arbeiter aus dem AEG-Werken von der Brunnen-Straße. Er fügte noch ein paar deftige Worte über Schaumschlägerei und Gimpelfang dazu.

Die Männer und Frauen Berlins wissen, daß es die Gemeinschaftsleistung aller war, wenn Berlin heute wieder zur größten Industrie- und Hochschulstadt geworden ist. Sie reagieren sauer, wenn ihnen einer sagt, alles Aufgebaute sei nur der Hilfe Borns zu verdanken. Jeder weiß, daß sich die Stadt heute zu 84 Prozent aus eigener Kraft ernährt. Es ist selbstverständlich, daß im Kampf um die Freiheit Reserven in den vordersten Graben geschickt werden. Man will kein Geschenk, und man will keine Spende. Man will das, was man sich verdient hat um die Freiheit und um die Demokratie.

"Die haben Angst", sagen die Leute, wenn man sie darüber fragt, was sie von der Weigerung der CDU und der Bundesregierung hielten, Ministerien nach Berlin zu verlegen. "Angst vor Berlin, weil hier die Lüfte rauher wehen, Angst vor den Russen". Sie lachen und sind stolz, weil sie diese Angst nicht haben. Grimmig registrieren sie die primitiven Alternativen: Für den Westen oder gegen den Westen, für das Christentum oder gegen das Christentum. Im übrigen hat man festgestellt, daß auf den Unterschriftenlisten zu den Wahlvorschlägen von SED und DP (ausgerechnet der sich in Nationalismen überschlagenden DP) gleiche Namen erschienen sind.

+ + +

Am hoffnungslosesten sind die rabiaten Hiertänze der Kommunisten um die Gunst des Wählers. Er hat gute Nerven. Wenn Pankow Berlin mit demay vergleicht und posant, die ganze Stadt gehöre zum Territorium der DDR, bekommt er keine Sorgenfalten. Man ist schon anderes gewöhnt. Manweise legt die SED ihre Propaganda vor Wohnungstüren und in S-Bahnzüge - die Berliner nehmen das kaum zur Kenntnis. Sie verachten die Kommunisten, ohne sie zu fürchten. Sie verlassen sich auf die Garantie-Erklärungen der Westmächte ebenso wie auf ihre eigene Stärke. Das Gewicht politischer Entschiedenheit wiegt schwer in Berlin. Auch Chruschtschows Vorstöße, den Vier-Mächte-Status zu revidieren, betrachten sie mit kalter Ruhe. Die dreizehnjährige unmittelbare Begegnung mit dem Kommunismus hat sie hart und wach gemacht. Es ist nicht das erste Mal, daß man Westberlin kassieren wollte.

Berlin erlebte am Montag in der überfüllten Deutschlandhalle die große Wahlkundgebung der SPD. Was Brandt sagte, unterschreibt jeder: Die Berliner lassen sich nicht erschrecken, sie bleiben das, was sie immer waren: das stets wache Gewissen der Nation, die stete Mahnung an die Mächtigen in der Welt, ein geistiger Kraftquell unseres Volkes. Sie wissen, daß sie der Sozialdemokratie ihre Freiheit zu verdanken haben.

\* \* \*

### Flugzeugarkäufe - ein Riesengeschäft

s. - "Keine Einwendungen" - mit diesem Bescheid entließ der Verteidigungsausschuß des Bundestages den Bundesverteidigungsminister, der dort sein Flugzeugprogramm vorgelegt hatte. Neben einigen kleineren Bestellungen wurden Strauß damit die 300 von ihm geforderten Abfangjäger vom Typ "Starfighter" bewilligt, von denen zehn Prototypen in den USA gekauft und die anderen Maschinen in der Bundesrepublik nachgebaut werden sollen. Es handelt sich um einen Auftrag von rund 1,2 Mrd. DM für diejenigen Industriekreise, die es durch geschickte Manipulationen verstanden haben, sich Zugang zu diesem Auftrag zu verschaffen, ehe er vergeben ist.

Wie sich nämlich inzwischen herausgestellt hat, haben die für den Nachbau der Maschinen in Frage kommenden Gruppen sich untereinander schon so weit verständigt, daß jede Gruppe an jedem Auftrag beteiligt wird - einerlei, wen das Verteidigungsministerium, das unter diesen Umständen kaum mit sehr konkurrenzschärf kalkulierten Angeboten zu rechnen braucht, den Auftrag schließlich erteilt.

Was nämlich bisher nicht öffentlich bekannt geworden ist, weil die Beteiligten allen Grund haben, diese Dinge nicht publik zu machen, ist die Tatsache, daß zwischen der Flugzeugbaugruppe Nord, an deren Mitglied Siebel-ATG Flick maßgeblich beteiligt ist, und den Messerschmidt-Werken, die zur Flugzeugunion Süd gehören, ein Vorvertrag auf Arbeitsteilung besteht. Dieser Vertrag sollte zwar, soweit dies bekannt geworden ist, nur für den Fall gelten, daß die Siebel-ATG über andere Flick-Gesellschaften, die die Vertretung der französischen Jagdmaschine Mirage IIIA übernommen hatten, den Auftrag für den Nachbau der Mirage III A gelangen sollte. Zwar hat sich das Verteidigungsministerium jetzt statt für die Mirage IIIA für den amerikanischen Starfighter entschieden; aber schon erklärt ein Sprecher einer Gesellschaft, die bis vor wenigen Wochen die Mirage IIIA in Deutschland vertreten hat, daß seine (Flick-)Gesellschaft jetzt "auch an Starfighter interessiert" sei - Flick ist also immer beteiligt, wohin der Auftrag für den Flugzeugnachbau auch fallen mag. Es mag richtig sein, daß der Nachbau von 280 amerikanischen neuzeitlichen Maschinen der deutschen Luftfahrtindustrie wieder auf die Beine hilft, richtiger ist, daß der Großindustrielle Flick vorgesorgt hat, um sich an diesem Auftrag ein neues Verzeihen zu verdienen.

Das Verteidigungsministerium wird vermutlich heute noch von der irrigen Voraussetzung ausgehen, daß die Flick'sche Siebel-ATG und die Messer-

schmidt-Werke Konkurrenten, seien - warum hätte es sie sonst noch vor einigen Monaten zur Abgabe von Konkurrenz-Gutachten veranlassen können? In übrigen hat Flick in den Augenblick, als sich zeigte, daß der Starfighter das Rennen im Verteidigungsministerium machen würde, die von ihm durch seine Düsseldorfer Esta-Blech-Gesellschaft übernommene Vertretung der Mirage IIIA an eine andere, weniger bekannte Flick-Gesellschaft, die Impex-Gesellschaft, abgegeben, um "freie Hand" zu behalten. Ob man glaubt mit solchen Verschiebungen zwischen Tochtergesellschaften ein und desselben Konzerns die Öffentlichkeit an der Nase herumzuführen und über die wirklichen Zusammenhänge im Ungewissen lassen kann?

Außer Flick spielt übrigens auch der Name Abs in Zusammenhang mit den Flugzeugkäufen eine Rolle - Abs war bis vor eineinhalb Jahren Gesellschafter der Frankfurter Deutschen Commerz-GmbH, die die Starfighter-Hersteller Lockheed in Deutschland vertritt und die außer den Starfighter an die Bundeswehr auch für 110,9 Millionen DM Flugzeuge an die Lufthansa verkauft hat. Abs, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, hat seine Gesellschafteranteile an seinem Partner in der Gesellschaft zurückgegeben, als Kreditverhandlungen zwischen der Lufthansa und der Vertrauensbank der Deutschen Bank in USA, der Chase Manhattan Bank, gepflogen wurden. Wäre nicht auch sonst der Eindruck entstanden, daß Abs der Lufthansa die Flugzeuge und die Kredite verkauft hat? Und wenn er nun doch noch Interessen an der Frankfurter Gesellschaft hat? Es gibt einen Bericht in einer Frankfurter Zeitung vom Februar dieses Jahres, der diese Möglichkeit jedenfalls noch ausschließt. Die einzigen, die es bisher demeritiert haben, nicht in der Sache, sondern nur mit einem Schimpfwort, waren die Christlichen Demokraten in ihrem Blatt "Union in Deutschland". Die Erwähnung solcher Zusammenhänge ist für dieses Blatt "Brunnenvergiftung", wahrscheinlich deshalb, weil es insbesondere den Christlichen Demokraten unbequem ist, an die Kapitalverfilzungen erinnert zu werden, die heute so viel unkontrollierbare Wirtschaftsmacht geschaffen haben. Es wäre vernünftiger, wenn man sich gemeinsam daran machte, die Verflechtungen bloßzulegen, bevor der Verteidigungsminister (und die Steuerzahler) durch angebliche Konkurrenzangebote hereingelegt werden. Ist das schon soviel verlangt?

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel